

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Für Frieden in Europa und der Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Aus der leidvollen Erfahrung zweier Weltkriege zieht der Bundestag den Schluss, dass der Einsatz für Frieden, Abrüstung und Verständigung in Europa an erster Stelle stehen muss. In diesem Sinne muss die Europäische Integration weiterentwickelt und ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik neu ausgerichtet werden.
 2. Die Aufrüstung der Armeen der EU-Mitgliedstaaten lehnt der Bundestag ebenso ab wie die Einrichtung einer EU-Armee. Auch die NATO-Vereinbarung, die Militäretats auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, weist der Bundestag zurück.
 3. Der derzeit beschleunigt vorangetriebene Ausbau der militärischen Kapazitäten der Union und die Integration ihrer Streitkräfte und Verteidigungsstrukturen werden Europa nicht sicherer machen. Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und dem im Aufbau befindlichen Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) zur Finanzierung multinationaler EU-Rüstungsprojekte soll die EU zu einem globalen militärischen Akteur aufgebaut werden. Damit brechen die EU und mächtige Mitgliedstaaten mit dem oft bemühten Anspruch, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der Union primär auf die Anwendung ziviler Instrumente und auf den Erhalt des Friedens in Europa ausgerichtet sei. Der EVF stellt überdies einen Bruch mit dem EU-Vertrag dar, der die Finanzierung militärrelevanter Ausgaben aus dem EU-Haushalt untersagt (Artikel 41 Absatz 2 EUV).
 4. Der Anschaffung eines deutsch-französischen Flugzeugträgers erteilt der Bundestag ebenso eine klare Absage wie gemeinsamen Rüstungsprojekten wie dem „Future Combat Air System“ oder der „Euro-Drohne“. Ebenso lehnt der Bundestag milliardenschwere EU-Investitionsprojekte in panzertaugliche Verkehrswege in Richtung Russland ab, wie sie im Rahmen des über den EU-Haushalt finanzierten Projekts der „militärischen Mobilität“ geplant sind. Der Bundestag sieht die außenpolitische Stärke der EU in der Diplomatie, nicht in einem möglichst großen militärischen Drohpotenzial.

5. Statt Milliarden für den Ausbau einer militärischen Infrastruktur aufzubringen, die künftig militärische Interventionen in anderen Ländern vorbereiten soll, sollen die EU und ihre Mitgliedstaaten die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention erhöhen und auf diesem Feld gemeinsame Programme entwickeln.
 6. Der Bundestag bedauert, dass im Jahr 2018 sechs der zehn größten Waffenexporteure Mitgliedstaaten der EU waren, darunter Frankreich auf Platz 3 und Deutschland auf Platz 4, und dass aus der EU Waffen in Spannungsgebiete, z. B. in die Türkei, nach Ägypten, Algerien und Saudi-Arabien exportiert wurden. Einer Erleichterung der Genehmigungsverfahren für Rüstungsexporte, wenn sie aus gemeinsamen EU-Rüstungsprogrammen stammen, wird der Bundestag nicht zustimmen.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. sich in der EU in aller Deutlichkeit gegen die Perspektive einer EU-Armee auszusprechen,
 2. die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zu beenden und die in diesem Rahmen getroffenen Zusagen zu Rüstungs- und anderen militärischen Kooperationsprojekten zu widerrufen,
 3. sich nicht an der Finanzierung gemeinsamer Rüstungs- und militärischer Infrastrukturprojekte zu beteiligen und im Rahmen der Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Periode von 2021 bis 2027 auf eine Streichung des 6,5 Mrd. Euro umfassenden Programms „militärische Mobilität“ hinzuwirken,
 4. die Bundeswehr aus den EU-Militärmissionen zurückzuholen,
 5. sich im Rahmen der Aufstellung des MFR für eine deutliche Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, zivile Konfliktbearbeitung und Friedensforschung einzusetzen,
 6. sich in der EU dafür einzusetzen, dass der EVF nicht eingerichtet und die dafür vorgesehenen Mittel aus dem nächsten MFR in Höhe von 13 Mrd. Euro für zivile Instrumente bereitgestellt werden,
 7. die Einrichtung der Europäischen Friedensfazilität, die EU-Militäreinsätze finanzieren, Militärmissionen und die Ausbildung und Ausrüstung anderer Staaten unterstützen soll, abzulehnen und sich stattdessen auf EU-Ebene für die Einrichtung eines Europäischen und Afrikanischen Zivilen Friedensdienstes einzusetzen,
 8. unverzüglich Waffenexporte in Spannungsgebiete zu stoppen und in der EU darauf hinzuwirken, dass auch andere Mitgliedstaaten solche Exporte stoppen sowie für ein Ende aller Waffenexporte aus der EU einzutreten,
 9. sich für eine atomwaffenfreie EU einzusetzen.

Berlin, den 14. Mai 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion